

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

F/XXI/245

Bonn, den 10. November 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Rechtsradikalismus in Deutschland</u> Über- oder Unterschätzung einer politischen Gefahr ? Von Dr. Klaus-Peter Schulz, MdB	90
3	<u>Memoiren...</u> Was unserem Volk zugemutet wird	4
4 - 5	<u>"Die Kerze brennt ab, der Staat in Gefahr"</u> Erbauliches aus dem Landtagswahlkampf in Bayern	76
5	<u>Spät geschaltet</u> Zur Erinnerung an einen Artikel im SPD-Pressediens vom 8. August 1966	9
6	<u>Mat zur Entscheidung</u> Für ein gerechtes Steuersystem in Dänemark Von unserem Korrespondenten in Skandinavien	44

\* \* \*

## Rechtsradikalismus in Deutschland

### Über- oder Unterschätzung einer politischen Gefahr ?

Von Dr. Klaus-Peter Schulz, MdB

Der unerwartet große Wahlerfolg der rechtsradikalen NPD in Hessen hat viele Gemüter in Bewegung gebracht. Zu den besorgten Stimmen im Inneren gesellen sich, vielfältig nuanciert, kritische Betrachtungen von draußen. Soweit es sich um ausländische Kommentare handelt, überwiegen bei weitem Befremden und Unverständnis die hier und da vorsichtig unternommenen Ansätze der Selbstkritik. Dabei sollte sich eigentlich niemand wundern, daß der rigorose Abbau etwa des europäischen Idealismus, das bedenkliche und zweifelhafte Vorbild, das Partnerstaaten geben, die hinter dem Pathos der Supranationalität durchaus handfeste egoistische Geschäfte treiben, die irgendwann einmal ihre psychologischen Rückwirkungen auch auf die Bundesrepublik haben müssen.

Dies gilt um so mehr, wenn man sich vergegenwärtigt, wie oft den Deutschen in den letzten Jahren zwar noch nicht offiziell vorgehalten, wohl aber mehr oder minder eindeutig zugeflüstert worden ist, sie möchten sich um des lieben europäischen "Friedens" willen mit der Tatsache ihrer nationalen Spaltung abfinden.

### "Bonn hat versagt"

Indessen sind ausländische Feststellungen zu dem Phänomen eines neuen Rechtsradikalismus in Deutschland bei allem Interesse, das sie beanspruchen dürfen, nicht primär wichtig. Wie man auch immer die Lage jenseits unserer Grenzen beurteilen mag, rechtsradikale Tendenzen in unserem Land müssen aus eigener Kraft aufgefangen, neutralisiert und notfalls mit den vorgesehenen gesetzlichen Mitteln bekämpft werden.

Dabei gilt es schon in diesem Stadium der Entwicklung, Ursache und Wirkung sorgfältig voneinander zu trennen. Die erst seit rund zwei Jahren bestehende NPD ist unter der Parole "Bonn hat versagt" in die politische Arena eingezogen und versucht, mit entsprechenden Argumenten die Sympathie unschlüssiger, ratlos gewordener oder enttäuschter Wählerschichten zu gewinnen.

So vereinfachend, ja so demagogisch die Parole auch klingt, sie enthält mehr als ein Körnchen Wahrheit. In Zeichen der politischen Mehrheitskonstellationen in der Bundesrepublik (CDU/CSU und FDP) und der vor allem in letzter Zeit peinlich sichtbar gewordenen Aktionsunfähigkeit der auf diese Konstellation gestützten Bundesregierung sind praktisch seit Jahr und Tag keine kühnen, weitschauenden und energiegelassen Initiativen mehr zustande gekommen. Dieser Vorwurf bezieht sich auf alle entscheidenden inneren und äußeren Lebensfragen unseres Volkes. Wo auch immer ein akutes Problem sichtbar wurde, die Regierungsmehrheit schob es in der Regel vor sich her, statt dessen Lösung beherzt anzupacken.

### Politische und psychologische Versäumnisse

Die zähen und geduldigen Bemühungen der sozialdemokratischen Opposition, innerhalb der demokratischen Kräfte zu einer gemeinsamen

Bestandsaufnahme zu kommen und auch größtenteils unpopuläre und bittere Einsichten dem Volk gegenüber gemeinsam zu vertreten, stießen entweder auf Unverständnis oder wurden von der Regierungsseite bestenfalls mit halbherzigen Dilettantismus behandelt.

Insofern erklärt sich der rechtsradikale Trend der letzten Phase aus einer Fülle politischer und psychologischer Versäumnisse, für die denjenigen die Verantwortung zufällt, die seit mehr als 17 Jahren die Geschicke der Bundesrepublik gelenkt haben. Was vor allem junge Menschen der NPD als Wähler oder Mitglieder zutreibt, sind hauptsächlich Elemente der Enttäuschung, um nicht zu sagen der Verzweiflung über den hoffnungslos ankutenden derzeitigen Stand der deutschen Frage und eine beginnende Staatsverdrossenheit, die angesichts der seit langem schwellenden politischen Führungskrise in Bonn auf den ersten Blick begreiflich erscheint.

#### Unlustgefühle junger Menschen von Unbelehrbaren mißbraucht

Soviel zu den Ursachen! Was die unmittelbaren und in Zukunft möglichen Wirkungen angeht, die mit dem Aufkommen der NPD verbunden sind, sollte man nicht mit einer Handbewegung über sie hinweggehen oder den Anschein erwecken, man hielte derartige Tendenzen für rasch vergänglich. Es ist oft und durchaus zutreffend beklagt worden, daß es in Deutschland offenbar nach wie vor kein solides Fundament für eine anständige, in ihrer Zielsetzung vernünftige und gemäßigte Rechtspartei gäbe. Die jüngsten Vorgänge lehren, daß dies in der Tat nicht der Fall ist. Die vielfachen Unlustgefühle junger Menschen, die täglich das Elend des eigenen gespaltenen Volkes vor Augen haben, aber von dem geballten Grauen des braunen Totalitarismus von einst allenfalls nur sehr unklare und nebulhafte Vorstellungen besitzen, mögen noch so einleuchtend anmuten: die Motive derer, die diese jungen Menschen beispielsweise in den Reihen der NPD und durch die ihr nahestehende Presse zu beeinflussen und im wörtlichsten Sinne abzurichten versuchen, sind es **n i c h t**. Hier handelt es sich um die Gruppe jener absolut Unbelehrbaren, an deren Gewissen die größte politische und moralische Katastrophe des eigenen Volkes vorbeigezogen ist, ohne auch nur die Spur einer Selbstbesinnung oder gar einer Selbstreinigung zu hinterlassen, und die darum für alle Zeiten das Recht auf jenen politischen Irrtum verwirkt haben, der für sie augenscheinlich niemals einer gewesen ist.

Unter diesen Konstellationen wird man zugeben müssen, daß es sich bei rechtsradikalen Bestrebungen in Deutschland grundsätzlich und qualitativ um einen anderen Vorgang handelt, als bei analogen Entwicklungen in demokratisch langfristiger erprobten Ländern. Wo immer sich diese Infektion innerhalb unserer Grenzen ernsthaft und gewichtig bemerkbar macht, wird sie nach menschlicher Voraussicht weder durch aufgeschlossenes Verständnis neutralisiert noch durch souveräne Nichtbeachtung ausgetrocknet werden können. Mit dem deutschen Rechtsradikalismus gilt es sich kämpferisch auseinanderzusetzen, und, wenn das nicht genügt, gegen ihn mit den Mitteln einzuschreiten, die das Grundgesetz zur Verfügung stellt. Die Diagnostik des Internisten, um einen medizinischen Vergleich zu prägen, genügt hier nicht allein; notfalls muß auch das Messer des Chirurgen gebraucht werden.

Memoiren...

Was unserem Volk zugemutet wird

sp - In großen illustrierten Wochenzeitungen der Bundesrepublik nehmen z.Zt. Millionen Leser zur Kenntnis, was einige Überlebende der Spitzengarnitur des verbrecherischen Naziregimes über ihr vergangenes Leben auszusagen haben. Von der "ersten Dame des Reiches" erfährt man, daß ihr Reichsmarschall ein herzliebender Familienvater war, Tiere und Uniformen liebte, den Frieden wollte, den Krieg haßte und im übrigen immerzu eine schreckliche Wut auf Hitler, Himmler und andere Potentaten des Dritten Reiches hatte.

Man kann auch lesen, daß sich die erste Dame des Reiches wegen "ihrer Juden" ständig mit Führern und Unterführern anlegte und darauf achtete, daß "ihren Juden" nichts geschah.

Und wie reizend hat man immer in Karinhall und Berchtesgaden auf dem Berghof geplaudert! Nein, wie war das doch alles idyllisch!

Was sonst passierte im sogenannten Dritten Reich, das merkte man nicht. Daß der liebe Gatte öffentlich versprach, er werde Köpfe rollen lassen und dieses Versprechen auch in die Tat umsetzte - **d i e s e** Nachricht scheint nicht in das Boudoir der ersten Dame des Reiches vorgedrungen zu sein. Zeitungen hat sie sicher auch nicht gelesen; vielleicht verbarg eine tüchtige Kammerzofe jedes geschriebene Wort vor ihr.

Ein Anderer ist "zu spät aufgewacht". Er war verblendet und fühlte sich geschmeichelt. Daß er ein Verbrecher und Verderber diene, merkte er erst, als sein bewundertes Führer den Krieg nicht gewinnen konnte. Dann aber wurde er Widerstandskämpfer. Er rettete die deutsche Wirtschaft vor der völligen Vernichtung. Und man denke: Ein Amerikaner hat sogar gesagt, er, der Memoirenschreiber sei "einer der hundert bedeutendsten Menschen unserer Zeit". - (Wenn **d a s** nicht hinhaut, ist uns nicht mehr zu helfen.)

Millionen Menschen lesen das; unter ihnen auch viele junge Menschen, die aus eigenem Erleben nicht wissen können, was damals wirklich geschah. Wenn die Illustrierten wenigstens die in solchen Fällen notwendige saubere journalistische Trennung von subjektiver Aussage des Betroffenen und geschichtlich erwiesenen Tatsachen vornehmen würden, wenn sie dummes Gerede und schreckliche Wirklichkeit einander gegenüberstellten, dann könnte man - vielleicht - noch verstehen, wen und was in einer illustren Redaktion den verantwortlichen Mann gekitzelt haben mag, um derartige Lebensbeichten zu veröffentlichen.

Aber so? Was hier geschieht, kann alles das bei der nachwachsenden Generation zerstören, was Geschichtslehrer mühevoll zu klären versucht haben.

+ + -

## "Die Kerze brennt ab, der Staat in Gefahr"

### Erbauliches aus dem Landtagswahlkampf in Bayern

Spk - So schwerfällig und konservativ die CSU ist, wenn sie in der Regierungsverantwortung steht, die Wandlungsfähigkeit ihrer Propaganda läßt nichts zu wünschen übrig. In der neuesten Ausgabe des BAYERN-KURIER wird den staunenden Lesern eine Glanzleistung geboten. Der Leitartikel zur Bundespolitik hält, was die Überschrift verspricht: "Die Kerze brennt ab, der Staat in Gefahr."

Wer die ursprüngliche Anlage des CSU-Wahlkampfes kennt, traut seinen Augen nicht. Aber es stimmt. Im Zentralorgan der CSU ist tatsächlich zu lesen:

- \* "Die Kerze brennt ab. Wenn es nicht dunkel werden soll in Deutschland,
- \* ist neues Licht in die Dinge zu bringen... Im Grunde genommen ist die jetzige Krise die Folge eines Versagens vor den neuen
- \* Realitäten der deutschen Politik, wie sie die Entwicklung mit sich
- \* gebracht hat... Die gegenwärtige Regierungskrise kann nur verstanden
- \* werden als Ausdruck der nun absolut fälligen Reformbedürftigkeit
- \* der deutschen politik..."

Die abbrennende Kerze ist Bundeskanzler Erhard. Die CDU wird als reformbedürftig bezeichnet. Die einzigen, die alles seit Jahren "auf uns zukommen sahen", waren die Herren von der CSU. Nur von ihnen könne daher auch die Rettung kommen.

Die Overtüre zu dieser, sicherlich abgesprochenen, Schwenkung gab der bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel mit seiner Forderung nach dem Rücktritt von Professor Erhard. Noch 14 Tage vorher sagte Dr. Huber, der stellvertretende Landesvorsitzende der CSU, in einer Münchener Wahlkundgebung, die CSU habe Bundeskanzler Erhard ihre sachlichen Vorstellungen zur Bundespolitik vorgetragen, wobei "weitestgehende Übereinstimmung" zutage getreten sei. An diesem Gespräch vom 14. Oktober hatten neben Dr. Huber der CSU-Vorsitzende Strauß und Bundesschatzminister Dollinger teilgenommen. Innerhalb von 14 Tagen entdeckte dann die CSU, daß ihr Erhard bei der kommenden Landtagswahl schaden könnte. Nun war es plötzlich aus mit der "Übereinstimmung". Sie gab dem Mann, mit dem sie noch im vorigen Jahr die Bundestagswahl gewonnen hatte, einen Fußtritt und setzte sich mit Spott und Hohn von den Ergebnissen einer Politik ab, die mit ihr Werk ist.

Was mag die CSU von ihren eigenen Mitgliedern halten, ganz zu schweigen von ihren früheren Wählern? Noch in ihrem Rednerdienst, der allerdings bereits im Mai erschienen ist, wird behauptet, daß die CSU die einzige politische Kraft Bayerns sei, "die es erreichen konnte, daß in Deutschland heute keine wichtige politische Entscheidung über unsere Köpfe hinweg gefällt werden kann". Das gelte nicht nur für die Innenpolitik, so heißt es auf Seite 6 des CSU-Rednerdienstes weiter, sondern auch für die großen Fragen der Einheit Deutschlands, der wirtschaftlichen und politischen Integration Europas usw. "Diese Politik", so ist im CSU-Rednerdienst weiter zu lesen, "darf nicht gefährdet werden".

Während die Redner der CSU draußen in den Versammlungen mit aller Beredsamkeit "die Gefährdung dieser Politik" zu verhindern trachten, wird ihnen plötzlich durch das CSU-Zentralorgan gesagt, daß eine Ände-

zung dringend geboten sei, damit es in Deutschland nicht dunkel werde. Statt Wohlstand für alle seien den Wählern nun "Schweiß und Tränen" zu versprechen. Bei diesem neuen Wahlslogan fehlt nur noch das Blut.

Abgesehen von der Geschmacklosigkeit läßt sich die Frechheit kaum noch überbieten. Das ist also das Ergebnis einer fast zwanzigjährigen Regierungspolitik der CDU/CSU! Und nun verlangt man auch noch von den Bürgern dieses Landes, denen erneut das Vertrauen auszusprechen, die es so weit gebracht haben.

Und die Wähler? Wer das Gruseln noch nicht gelernt hat, lernt es bei einem Vergleich der CSU-Wahlpropaganda vor der letzten Bundestagswahl mit diesem Artikel des Bayern-Kurier. In ungezählten Abwandlungen lautete der Slogan der CSU, wörtlich zitiert aus einer CSU-Wahlendung:

- \* "Bundeskanzler Erhard fühlt sich für alle verpflichtet. Seine Politik: Wohlstand für alle - Eigentum für jeden! Die Christlich-Soziale Union steht ihm mit Tatkraft und Ideenreichtum zur Seite - sie ist der Garant seiner Politik."

Die CSU brachte das alles schließlich auf eine einfache Formel. Sie hieß wiederum wörtlich:

- \* "Also ist es sehr einfach zu wählen,
- \* wer Erhard wählt, wählt CSU."

Damit gewann sie in Bayern 55,6 Prozent der Stimmen. Für die kommende Landtagswahl wird der Spruch etwas abgeändert. Nach Ministerpräsident Goppel und dem BAYERN-KURIER dürfte er lauten:

- \* "Also ist es sehr einfach zu wählen,
- \* wer Erhard weghaben will, wählt CSU."

Und das innerhalb eines Jahres! - Es wird viel vom Mißbehagen an der Demokratie gesprochen. Wer die Gründe erforschen will, hier findet er sie.

+ \* +

Spät geschaltet

Zur Erinnerung an einen Artikel im SPD-Pressedienst  
vom 8. August 1966

"Wenn über Maßnahmen zur Stabilisierung der Währung gesprochen werden muß, wenn man allenthalben einsieht, daß der Schlendrian an der Spitze der Bundesrepublik nicht so weitergehen kann, dann soll man zunächst einmal denjenigen, der durch Nichtstun und Leichtfertigkeit den jetzigen Zustand herbeigeführt hat, nach Hause schicken. Dann kann man sich mit vernünftigen Leuten darüber unterhalten, mit welchen Mitteln der angerichtete Scherbenhaufen beseitigt werden muß.

Sorgt dafür, daß der Kanzler in seinem "Arbeitsurlaub" bleibt!"

+ \* +

Mut zur Entscheidung

Für ein gerechtes Steuersystem in Dänemark

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien

Der sozialdemokratische Ministerpräsident von Dänemark, Jens-Otto Krag, hat die Initiative ergriffen und sich angesichts eines schwierigen wirtschaftspolitischen Problems nicht auf ein langes politisches Sterbelager begeben, wie es Bundeskanzler Erhard in Bonn getan hat. Krag hat den Folketing aufgelöst und schon für den 22. November Neuwahlen ausgeschrieben. Er hat die Bevölkerung Dänemarks damit aufgefordert, sich für ein modernes Steuersystem zu entscheiden, das seit langem von den Arbeitern und Angestellten Dänemarks gewünscht wird. Nach der Verfassung Dänemarks blieb dem dänischen Königshaus nichts anderes vorbehalten als diesen Schritt zuzustimmen.

Jens Otto Krag regierte seit 1964 mit einer Minderheitsregierung. Die dänischen Sozialdemokraten hatten am 22. September 1964 zwar 41,9 Prozent der Stimmen erhalten, mußten jedoch im Reichstag mit 77 von 179 Mandaten balancieren, wobei Krag recht oft auf die linksorientierte Radikale Venstre angewiesen war.

Krag hat den Überraschungseffekt angewendet, weil sich für ihn innenpolitisch eine recht glückliche Konstellation bietet, was Bundeskanzler Erhard von sich in Bonn nicht sagen kann. Die Parteien im rechten Lager Dänemarks sind zersplittert. Eine norwegische Alternative, die Bildung einer bürgerlichen Regierung dort unter Borten, bietet sich für Dänemark nicht an. Demgegenüber stehen aber vor allem die Arbeitnehmer, zu dem neuen Steuerverfahren, das Krag für Dänemark einführen will, weil es gerechter ist.

Bisher gilt in Dänemark die rückwirkende Steuerveranlagung für das vorgehende Kalenderjahr nach den selbstgeschätzten Einkommen. Arbeiter und Angestellte müssen aufgrund ihrer Lohnstreifen korrekt Steuern zahlen. Für alle anderen Einkommensgruppen aber bedeutet dieses Verfahren, daß sie großzügig mit Rücklagen, Abschreibungen und persönlichen Entnahmen umgehen können. Für sie gibt es zahllose Vorteile, die großzügig gehandhabt und genutzt werden.

Kurzum, der größte Teil der dänischen Bevölkerung, die Arbeiter und Angestellten, wünschen ein modernes Steuersystem, das den Steuerbürger gleichstellt und den Anforderungen des modernen Staates mit seinen steigenden Lasten auf sozial- und bildungspolitischem Gebiet stärker gerecht wird und für diese Lasten eben nicht nur bevorzugt die Arbeiter und Angestellten heranzieht.

Als Jens-Otto Krag mit der Einführung des direkten Lohnsteuerabzugs oder der sogenannten Quellenbesteuerung vor den Folketing trat, versagten ihm die Parteien rechts von der Sozialdemokratie ihre Zustimmung. Sie hatten zwar keine Alternative aber lehnten ab. Daraufhin löste Krag den Reichstag auf. Ein kurzer, heftiger Wahlkampf steht bevor. Jens-Otto Krag wird ihn durch seinen klugen Schachzug zu nutzen wissen.